

Delegiertenversammlung vom 26. November 2025

Resolution zum Entlastungsprogramm 2027 zuhanden des eidgenössischen Parlaments

NEIN zur Sanierung der Bundesfinanzen auf Kosten der Bauernfamilien

Um seine Finanzen wieder ins Lot zu bringen, schlägt der Bund ein Entlastungsprogramm in Höhe von 3 Milliarden Franken vor. Dieses sieht Massnahmen in Höhe von 259 Millionen Franken im Bereich Landwirtschaft und Ernährung vor. Die Landwirtschaft würde damit fast 9 Prozent beitragen, obwohl sie nur 4.3 Prozent der Bundesausgaben ausmacht. Über die direkten finanziellen Verluste hinaus wären die Folgen für den Agrarsektor weitreichend. Sie hätten erhebliche Auswirkungen auf das Einkommen der Bauernfamilien. Um die ihr von der Bundesverfassung vorgegeben Aufgaben zu erfüllen, braucht die Schweizer Landwirtschaft mehr denn je die Unterstützung des Bundes. Dazu gehören geeignete politische Rahmenbedingungen, passende Instrumente zur Erreichung der festgelegten Ziele und eine angemessene finanzielle Entschädigung der erbrachten Leistungen.

Es gibt gute Argumente:

- Die Ausgaben für Landwirtschaft und Ernährung sind seit dem Jahr 2000 nominal stabil, während die Bundesausgaben in allen anderen Bereichen um 40 Milliarden gestiegen sind. Das entspricht einer Zunahme von über 80 Prozent.
- Unter Berücksichtigung der Teuerung sind die realen Ausgaben für die Landwirtschaft sogar um rund 15 Prozent zurückgegangen.
- Die Stundenlöhne in der Landwirtschaft mit durchschnittlich 17 Franken sind viel zu tief, um eine nachhaltige einheimische Landwirtschaft zu sichern. Sie liegen deutlich unter dem vergleichbaren Einkommen in anderen Sektoren und verfehlen damit bereits heute die entsprechenden Ziele der Agrarpolitik.
- Die geforderten und erbrachten Leistungen – insbesondere in den Bereichen Ökologie und Tierwohl – haben erheblich zugenommen, ohne dass die Entschädigung dafür in Form der Direktzahlungen erhöht wurde.
- Die geplanten Massnahmen würden das Einkommen der Bauernfamilien direkt verschlechtern und hätten negative Auswirkungen auf die Märkte.
- Es ist unhaltbar, die Mittel für die Landwirtschaft zu kürzen, von ihr mehr Nachhaltigkeit zu fordern und sie gleichzeitig einem noch stärkeren Importdruck auszusetzen. Das Entlastungspaket und das Mercosur-Abkommen sind nicht kompatibel.

Die Delegiertenversammlung des SBV fordert deshalb:

- Der Beitrag der Landwirtschaft für stabile Bundesfinanzen mit gleichbleibenden Ausgaben seit dem Jahr 2000 bei wachsenden Anforderungen ist anzuerkennen.
- Die prekäre Einkommenssituation der Bauernfamilien ist zu berücksichtigen.
- ➔ **Die im Bereich Landwirtschaft und Ernährung vorgesehenen Massnahmen im Entlastungsprogramm 2027 sind vollständig zu streichen.**

Entwicklung der Bundesfinanzen

